

Die Vertreter der weggenommenen Kirchen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche haben die Staatsführung angesprochen



Am 22. Februar 2021 nahmen die Teilnehmer des Kongresses von den weggenommenen Kirchen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche die Anrede an die Vertreter der Staatsmacht der Ukraine - an den Präsidenten der Ukraine W.A. Zelensky, den Ministerpräsidenten D.A. Schmygal, den Sprecher von Werchowna Rada der Ukraine D.A. Razumkow und den Abgeordneten dieses gesetzgebenden Organs.

In diesen Ansprechen wird im Einzelnen gesagt:

"Wir, die Teilnehmer des Kongresses der Vertreter der Pfarreien von den weggenommenen Kirchen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (weiterhin die UOK), sprechen Sie an, um unser größtes Wert zu schützen- unser Leben, unsere Gesundheit und die Sicherheit von uns und unseren Familien.

Wir sprechen Sie im Namen von jenen Gläubigen unserer Kirche an, die während der Übernahme der Kirchen schwer verletzt wurden: ihre Köpfe wurden durchgeschlagen, ihre Arme wurden gebrochen, sie wurden schwer geschlagen. Wir sprechen Sie auch im Namen von vielen Geistlichen an, die ständig in Strafverfolgungsbehörden gefragt und auf verschiedene Weise gemobbt werden.

Wir sprechen Sie im Namen von dem Priester der UOK Leonid Delikatny, die Gesundheit von dem wegen der dauernden Bedrohungen, der Erpressung, des psychologischen Zwang schwer ruiniert wurde, die mit Versuchen verbunden sind die von ihm geleitete religiöse Gemeinde in andere Konfession zu übertragen.

Wir sprechen Sie im Namen von Kristina Weluschjak- dem Mädchen aus Chernowitzja Region an, das zu seinem eigenen Abiturientenball nicht gehen konnte, weil es "zu einer falschen Kirche" geht. Und auch im Namen von anderen Gläubigen der UOK, die an der Rechtsbeschränkung wegen ihres Glaubens leiden.

Wir sprechen Sie im Namen von den kinderreichen Familien der Geistlichen der UOK an, die die kirchlichen Heuschrecken aus dem Hause treiben und die kleinen Kinder obdachlos machen.

Wir sprechen Sie im Namen von einfachen Leuten aus allen Teilen der Ukraine an, von denen auf gewaltsame oder trügerische Weise (durch die illegale Registrierung der Satzungen von den Pfarreien in staatlichen Gebietsverwaltungen) die Kirchen weggenommen wurden, in die noch ihre Großväter gegangen sind.

Es ist wichtig zu betonen, dass, obwohl wir die größte religiöse Gemeinde in der Ukraine sind, wir leider die Hoffnung auf die Gewährleistung des Rechts auf Glaubensfreiheit von den Organen der Staatsmacht und ihrer Führungsspitze verlieren. Geltende Gesetzgebung, die die religiösen Rechtsbeziehungen im Staat regulieren soll, verschärft im Gegenteil die Spaltung in der Gesellschaft, teilt die Leute, was zum Ansteigen der Anzahl von interkonfessionellen Konfrontationen, zur Verschärfung der religiösen Feindschaft und Konflikte im Staat führt. So, verletzen das Gesetz der Ukraine № 2673-VIII "Über die Vornahme der Änderungen in einige Gesetze der Ukraine bzgl. der Unterstellung der religiösen Organisationen und des Verfahrens der staatlichen Registrierung der religiösen Organisationen mit dem Status einer juristischen Person" vom 17.01.2019 und das Gesetz der Ukraine № 2662-VIII "Über die Vornahme der Änderung ins Artikel des 12. Gesetzes der Ukraine "Über die Gewissensfreiheit und religiösen Organisationen" bzgl. des Namens der religiösen Organisationen (Vereine), die zu der Struktur der religiösen Organisation (Vereins) gehört, die Administration von der außerhalb der Ukraine in dem Staat ist, der von dem Gesetz als solcher Staat anerkannt ist, der die militärische Aggression gegen die Ukraine verübt und/oder vorläufig die Teilfläche der Ukraine okkupiert hat" vom 20.12.2018 (weiterhin die Gesetze) das Verfassungsprinzip der Trennung des Staats von der Kirche.

Wir sagen unsere tiefe Besorgnis darüber an, dass in den letzten Jahren das Kulturministerium der Ukraine durch Missbrauch und Manipulation diese verfassungswidrigen Gesetze ausschließlich gegen die UOK anwendet und zwangsweise versucht die Kirche ihren eigenen Namen zu nehmen. Die Amtspersonen verletzen das Prinzip der Gleichheit von allen religiösen Konfessionen und beschränken die Rechte nur der einzigen religiösen Organisation, was als Diskriminierung aufgrund der Religion von den Millionen Gläubigen der UOK gilt. Die Staatsbehörden, die sich in die inneren Angelegenheiten der Kirche einmischen, drängen ihr Verständnis der religiösen und hierarchischen Struktur der Kirche auf. Die Grundsätze der Verfassung der Ukraine werden verletzt, die die Möglichkeit die speziellen Forderungen zum Namen der einzelnen religiösen Organisationen festzulegen ausschließen und das Recht jedes Menschen die Religion jeder Art zu bekennen reglementieren. Deshalb stehen die religiösen Gemeinden der UOK unter ständigem Druck zwischen den Organen der Staatsgewalt und den Heuschrecken, uns wurde die Möglichkeit verbaut, die Änderungen in die Gründungsunterlage vorzunehmen, die Leiter zu wechseln, Konten bei der Bank zu eröffnen, uns des notarischen Bestandes zu bedienen, die Rechte auf Grundstücke für kirchliche Gebäuden auszustellen u.a.m.

Einige pseudoreligiöse Organisationen üben regelmäßig provokatorische Handlungen aus, die die

Destabilisierung in der Ukrainischen Gesellschaft verursachen. In Medien und im Internet gibt es falsche Information bezüglich der Berichterstattung der religiösen Ereignisse, die die UOK diskreditiert. Zahlenmäßig ist die Anzahl der Kriminalverbrechen aufgrund der Religion und der Gerichtsverfahren aufgrund der Beschwerden u.a. angestiegen.

Die Anwendung der verfassungswidrigen Gesetze von den kirchlichen Heuschrecken führt zur Verschlimmerung des Niveaus der Religionsfreiheit in der Ukraine, zur Entstehung der wesentlichen Hindernisse für geistlichen und sozialen Dienst der Kirchen und religiösen Organisationen.

Die Gesetze über die zwanghafte Wechslung des Namens und Hierarchie entsprechen weder der Verfassung der Ukraine, noch den internationalen Verträgen im Bereich der Menschenrechte. Im Einzelnen, widersprechen die gesetzlichen Regelsätze die Grundsätze der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, den internationalen Vortrag über bürgerliche und politische Rechte, die allgemeine Erklärung der Menschenrechte bezüglich des Schutzes des Rechts auf Religionsfreiheit.

Die religiösen Gemeinden der UOK sind im ungleichen Zustand im Vergleich zu anderen religiösen Organisationen der Ukraine. Die zwanghafte Registrierung, die Abwechslung des Namens der religiösen Organisationen und der Hierarchie in kanonischen Fragen gelten als direkter Eingriff in Religionsfreiheit. Das Recht auf die Autonomie der religiösen Organisationen wird von der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleistet und in zahlreichen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gespiegelt. Die religiöse Organisation hat das Recht selbstständig den Namen zu wählen und zu wechseln, und der Staat hat kein Recht dazu zu zwingen. Die Gesetze verletzen Artikel 35 der Verfassung der Ukraine, Artikel 9 der Menschenrechtskonvention, Artikel 18 des internationalen Vortrags über bürgerliche und politische Rechte vom Jahre 1966, Artikel 18 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom Jahre 1948".

Im Ansprechen zu dem Präsidenten der Ukraine W.A. Zelensky unterstrichen die Gläubigen der UOK, die sich an dem Kongress beteiligten: " Sehr geehrter Herr Präsident, wir- das Volk, die Bürger der Einheitsstaates Ukraine, machen uns tiefe Sorgen darum, dass die geltende Staatspolitik gegen die Millionen Gläubigen der UOK gerichtet ist. Wir alle sind Ukrainer, richtige Patrioten, die das Heimatland lieben und respektieren, wir arbeiten sorgfältig, behandeln die Kranken, erfüllen die militärische Pflicht, zahlen Steuern, entwickeln verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Die Kirche hat ihre Kinder von Herkunft, sozialem Status, Nationalität, Sprache oder politischen Ansichten nie geteilt und wird so in der Zukunft nie machen. Die politischen Ansichten und Widersprüche sollen nicht die Eltern von den Kindern, die Ehepaaren, die Freunden oder die Mitarbeiter trennen. Die Politik soll nicht die Spreu des Hasses und Börsartigkeit in unsere Herzen aussäen. Die Bewahrung des gesellschaftlichen Friedens und der Ruhe im Wirbel der heutigen Ereignisse und Pandemien ist unsere gemeinsame Pflicht".

Sie forderten den Präsidenten auf die von der Gesetzgebung der Ukraine bereitgestellte Verfügungsgewalt zu verwenden und die drastischen Maßnahmen für den Schutz der Gläubigen der UOK zu treffen, sowie in Form von Gesetzesinitiative in Werchowna Rada einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Gültigkeit des Gesetzes der Ukraine № 2673-VIII und des Gesetzes der Ukraine № 2662-VIII (die gleichzeitig dazu, dass sie die Verletzung der Verfassungsrechte der Ukrainischen Bürger verursachen, bedrohen die Autorität unseres Staats in der Weltöffentlichkeit, bezweifeln die Offenherzigkeit der von der Ukraine proklamierten europäisch Integrationsbestreben, die Umsetzung von denen unter den Bedingungen der Verletzung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte solcher angreifbaren Volksschicht wie die Gläubigen, unmöglich ist) abbricht.

Mit ähnlicher Aufforderung sprachen sie die Sprecher und die Abgeordneten von Werchowna Rada und den Ministerpräsidenten an.

Die Teilnehmer des Vertreter von den weggenommenen Kirchen baten D.A. Schmygal ein Moratorium für die Durchführung der beliebigen Registrierungshandlungen zur Abwechslung der Konfession und der zwanghaften Umbenennung der religiösen Gemeinden der UOK vor der Vornahme der Änderungen ins Gesetz der Ukraine "Über die Gewissensfreiheit und religiösen Organisationen" einzuführen.

Zum Schluss forderten die Teilnehmer des Kongresses die Vertreter der Staatsgewalt der Ukraine auf "die Anstrengungen und Ressourcen für das Schaffen der gleichen und sicheren Bedingungen des Lebens in der Ukraine, für die Beseitigung der beliebigen Arte der Gewalt den Gläubigen zu einigen".

Kommunikationsamt der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen nach dem Bericht **der Abteilung für synodale Information und Bildung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche**

Quelle: <https://mospat.ru/de/news/61453/>